



Brüssel, 19. August 2014

An den zukünftigen Präsidenten der Europäischen Kommission Herrn Jean-Claude Juncker

Sehr geehrter Herr Juncker,

Neun Gesundheits- und Umweltorganisationen haben am 22. Juli in einem offenen Schreiben die Stelle der Wissenschaftlichen Chefberaterin des Präsidenten der Europäischen Kommission in Frage gestellt. Dabei hoben sie hervor, dass diese Position „grundsätzlich problematisch ist, da sie einer einzelnen Person zuviel Einfluss verleiht und die weitreichenden wissenschaftlichen Recherchen und Auswertungen untergräbt, die die Generaldirektionen der Kommission für die Ausgestaltung politischer Maßnahmen durchführen oder durchführen lassen“.

Mit diesem Schreiben wollten die Verbände eine Debatte darüber anregen, wie die wissenschaftliche Politikberatung strukturiert sein sollte, und welche Risiken eine dauerhafte Chefberater-Position generell für die wissenschaftliche Politikberatung mit sich bringen würde. Den Unterzeichnern wurde seither vorgeworfen, die Integrität und Unabhängigkeit der von der Kommission in Anspruch genommenen wissenschaftlichen Beratung aushöhlen zu wollen. Tatsächlich geht es uns um die Aufrechterhaltung genau dieser Integrität und Unabhängigkeit. Denn weit davon entfernt, wissenschaftsfeindlich zu sein, fordern wir, dass den politischen Entscheidungsträgern objektives und vielfältiges Fachwissen zur Verfügung gestellt wird. Eine einzige Beraterin kann dies nicht garantieren.

Die Kommission kann zur wissenschaftlichen Untermauerung ihrer Politik bereits auf eine ganze Reihe von Prozessen und Institutionen zurückgreifen. Das generelle Problem besteht somit nicht in einem Mangel an wissenschaftlichen Fundierungen, sondern in der Widersprüchlichkeit, mit der die Europäische Kommission auf die ihr vorgelegten

wissenschaftlichen Erkenntnisse reagiert, selbst wenn sie von eigenen Dienststellen eingeholt wurden. Diese Problematik ist durch die Etablierung der Chefberater-Position durch Präsident Barroso nicht behoben worden. Sachkundige Recherche seitens europäischer Agenturen und unabhängiger Wissenschaftler ist dadurch sogar noch unterwandert worden.

Wenn die Kommission sicherstellen will, dass politische Entscheidungen auf wissenschaftlichen Erkenntnissen gründen, ist eine Neubesetzung der Chefberater-Position nicht der richtige Weg, sondern schafft vielmehr zusätzliche Probleme. Interessengruppen haben längst erkannt, dass eine Steuerung umso einfacher ist, je mehr die wissenschaftliche Beratung in die Hände einer einzigen Person gelegt wird. Gleichzeitig schätzen Politiker eine anscheinend unabhängige Unterstützung für ihre Maßnahmen. In Großbritannien beispielsweise sind mehrere Wissenschaftliche Chefberater heftig in die Kritik geraten, weil sie Ratschläge erteilten, die stark an spezifische wirtschaftliche und politische Interessen anlehnten. Da die Wissenschaftliche Chefberaterin des Kommissionspräsidenten nicht zur Veröffentlichung ihrer Empfehlungen verpflichtet ist, wird die Einflussnahme der Lobbyisten noch mehr vereinfacht.

Die derzeitige Chefberaterin hat wiederholt erklärt, dass ihre Empfehlungen „nicht transparent“ und nicht der öffentlichen Kontrolle (1) unterworfen sein sollten. Dies stärkt unsere Bedenken. Wir halten an dem Grundsatz fest, dass wissenschaftliche Beratung unabhängig, objektiv und transparent sein sollte. Eine einzige Chefberater-Position für die gesamte EU-Politik macht es schwierig, diesem Grundsatz zu entsprechen.

Es dürfte kein Zufall sein, dass nur drei Staaten in der EU die Chefberater-Position als Vollzeitstelle im Staatsdienst eingerichtet haben: Großbritannien, Irland und Tschechien. Zwei von ihnen haben erst kürzlich wieder Abstand von diesem Modell genommen, aufrechterhalten wird es nur noch in Großbritannien (2). Die Mehrheit der EU-Mitgliedstaaten wendet andere Modelle an, um den politischen Entscheidungsträgern unabhängige, objektive und transparente wissenschaftliche Beratung zukommen zu lassen.

Wissenschaftliche Beratung ist für politische Entscheidungen unabdingbar. Die Frage ist, wie für Sie und Ihre Kollegen eine objektive, breit gefächerte und transparente wissenschaftliche Beratung gewährleistet werden kann. Die Chefberater-Position kann und wird diesem Zweck nicht gerecht werden. Dies liegt nicht an einem Mangel an Ressourcen, sondern an den dieser Rolle selbst innewohnenden Schwächen. Wir würden eine Diskussion darüber begrüßen, wie die Wissenschaft zum Herzstück europäischer Politik werden kann.

Hochachtungsvoll

Magda Stoczkiewicz, Direktorin, Friends of the Earth Europe
Hans Muilerman, Pesticide Action Network
Anne Stauffer, Vizedirektorin, Health & Environment Alliance (HEAL)
David Azoulay, Centre for International Environmental Law (CIEL)
Dr Doug Parr, Greenpeace
Nina Holland, Corporate Europe Observatory (CEO)
Dr Christoph Then, Testbiotech, Deutschland
Jamie Page, Cancer Prevention and Education Society, Großbritannien
Claire Robinson, GM Watch and Earth Open Source, Großbritannien
Dr André Cicolella, Réseau Environnement Santé, Frankreich
Christophe Morvan, Fondation Sciences Citoyennes, Frankreich
Patti Rundall, Baby Milk Action/IBFAN, Großbritannien
Dr Will Dinan, Direktor, Spinwatch, Großbritannien

Patricia Cameron, Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland
Leonore Gewessler, Geschäftsführerin, Global 2000, Österreich
Martin Galea de Giovanni, Präsident, Friends of the Earth Malta
Bernard Ivcic, Präsident, Zelena Akcija/Friends of the Earth, Kroatien
Nanna Clifforth NoAH/Friends of the Earth, Denmark
Dr Michael Warhurst, Direktor, CHEM Trust, Großbritannien
Max Bank, Lobbycontrol.de, Deutschland
Marga Jacobs, Präsidentin, Leefmilieu, Niederlande
Maryse Arendt, Direktorin, Initiativ Liewensufank, Luxembourg
François Veillerette, Direktor, Générations Futures, Frankreich
Sascha Gabizon, Generaldirektorin, Women in Europe for a Common Future (WECF), Deutschland /
Niederlande / Frankreich
Helen Lynn, Alliance for Cancer Prevention, Großbritannien
Dr Lone Mikkelsen, The Danish Ecological Council, Dänemark
Sarah Cardona, Action for Breast Cancer Foundation, Malta

Anmerkungen:

- (1) <http://www.euractiv.com/sections/science-policymaking/glover-eu-chief-scientist-should-stay-shadows-307768>, Euractiv, 6. August 2014
- (2) Siehe Einträge zu nationalen Regierungsstrukturen in der Plattform der Europäischen Kommission über Forschung und Innovationspolitik und –systeme http://erawatch.jrc.ec.europa.eu/erawatch/opencms/information/country_pages/

Kontaktperson für weitere Korrespondenz zu diesem Thema:

Jorgo Riss, Director, Greenpeace European Unit, Rue Belliard 199, BE-1040 Brüssel jorgo.riss@greenpeace.org